

Mobilität bewegt Zukunft

Straßen und Brücken statt Stau

Mobilität braucht Wege; - in diesem Sinn gilt es, auf allen Verkehrsträgern notwendige Korridore in OÖ zu realisieren. Die aktuell besonders prekäre Situation im Großraum Linz muss behoben werden. Dazu müssen vor allem der Bau der A 26 (Linzer Westring) endlich angegangen werden. Aber auch die Ostumfahrung muss rasch in Angriff genommen und der durchgehend vierspurige Ausbau der B 1 zwischen Enns und Vöcklabruck realisiert werden.

Mehr öffentlicher Verkehr durch KMU

Eine stärkere ÖV Nutzung kann wesentlich zur Bewältigung der Mobilitätsbedarfe im Zentralraum beitragen. Dazu müssen auf den Hauptachsen die Bahn- und Buslinien weiter attraktiviert werden. In der Fläche, also in den ländlichen Regionen, gilt es zudem, Angebote wie Anrufsammeltaxis sowie Dienstleistungen von KMU mit PKW/Kleinbussen usw. zu verstärken, um möglichst vielen Menschen ein passendes Angebot bieten und diese zum Umstieg auf den ÖV bewegen zu können.

Fördersperre im Verkehr beheben

Die Bundesregierung will aktuell mit der Investitionszuwachsprämie sowie einer Investitionsförderung (auch für Betriebsmittel) Impulse für Wachstum setzen. Sämtliche Investitionen in Fahrzeuge (= Betriebsmittel für Verkehrsbetriebe) sind davon aber leider ausgeschlossen. Diese Diskriminierung eines ganzen Wirtschaftszweigs ist zu beseitigen! Zudem sollten auch Investitionen in emissionsarme Euro6-Fahrzeuge besonders gefördert werden.

Wettbewerbsgerechtigkeit: gleiche Spielregeln für alle

Unter dem Zauberwort Shared Economy werden immer öfter abseits regulärer Betriebe Mobilitätsdienstleistungen im Rahmen digitaler Plattformen angeboten (UBER, Check Robin usw.). Vielfach werden dabei für die entgeltlich erbrachten Dienstleistungen keine Steuern abgeführt sowie sozial- und gewerberechtliche Vorschriften verletzt, deren Einhaltung bei ordentlichen Betrieben hierzulande aber akribisch kontrolliert werden. Hier müssen gleiche Spielregeln für alle gelten. Plattformökonomie darf nicht als Freibrief für Agieren abseits des Rechts missbraucht werden.

Dies gilt ebenso, wenn Öffentliche Einrichtungen (Straßenmeistereien, Kommunen, Feuerwehren usw.) oder Landwirte unternehmerische Tätigkeiten durchführen.

Flexible Jahresarbeitszeit für alle

Arbeit muss dann erledigt werden, wenn Aufträge da sind. Starre Arbeitszeitgrenzen bringen UnternehmerInnen und leistungsbereite MitarbeiterInnen aktuell dabei oft in Verlegenheit. Eine praxisgerechte Anhebung der zulässigen Tageshöchstleistungszeiten auf 12 Stunden sowie flexible Jahresarbeitszeitkonten bringen auch den ArbeitnehmerInnen mehr individuellen Gestaltungsspielraum und könnten durch den flexiblen Ausgleich von Arbeitsspitzen in auftragsschwachen Zeiten oftmals auch saisonale Arbeitslosigkeit verhindern.

Schluss mit Schikanen: Entkriminalisierung, Entbürokratisierung

Arbeit darf nicht zu Kriminalisierung führen, wenn bürokratische Regelungen dabei geringfügig untererfüllt wurden. Für Bagatelldelikte muss es endlich maßvolle und realitätsnahe Toleranzen geben. Produktivität muss entkriminalisiert werden und darf nicht länger mit Doppel-/Mehrfachbestrafungen sanktioniert werden. Betriebe und deren Mitarbeiter müssen auch von Bürokratie und immer stärkeren Dokumentationspflichten entlastet werden, damit sie endlich ihre Ressourcen wieder besser für ihre eigentliche produktive Arbeit verwenden können.

Mobilität bewegt Zukunft

- Straßen und Brücken statt Stau!
- Mehr Öffentlicher Verkehr durch KMU!
- Fördersperre im Verkehr beheben!
- Wettbewerbsgerechtigkeit:
Gleiche Spielregeln für alle!
- Flexible Jahresarbeitszeit für alle!
- Schluss mit Schikanen:
Entkriminalisierung, Entbürokratisierung!

wko.at/ooe/verkehr